

G-20 Meeting in Washington:

Geplatzter Traum einer Weltfinanzordnung

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die hochgesteckten Erwartungen in den Welt-Finanzgipfel vom 15. November 2008 endeten mit einer Ernüchterung. Der Traum der EU-Regierungschefs, insbesondere des französischen Präsidenten Sarkozy und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel von einer neuen „Weltfinanzordnung“, einer „New Global Order“ oder eines „Bretton Woods II-Abkommens“ ist geplatzt. Die Schweiz war am G-20 Gipfel nicht vertreten, nicht einmal mit dem Präsidenten des Direktoriums der SNB, Jean-Pierre Roth, der seit März 2006 auch das Präsidium der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel innehält. Wenn man die 50 Punkte-Deklaration der G-20 Länder, die zusammen rund 90% der Weltwirtschaft repräsentieren, im Detail analysiert, dann stellt man fest, dass sie kaum neue Substanz enthält. Zu diesem Schluss kommt auch Simon Johnson, der frühere Chef-Ökonom des IMF. Die Regierungschefs und/oder Finanzminister der vertretenen Länder haben gemäss der Zusammenfassung von US-Präsident Bush fünf Ziele erreicht:

1. Sie haben sich auf die Gründe für die globale Finanzkrise geeinigt.
2. Sie haben die bisherigen Massnahmen der einzelnen Länder, die zur Krisenbewältigung oder zur Wachstumsförderung ergriffen wurden, zur Kenntnis genommen
3. Sie haben sich auf gemeinsame Prinzipien zur Reform des Finanzsystems geeinigt.
4. Sie haben einen Aktionsplan für die Umsetzung dieser Prinzipien lanciert und sie beauftragten die zuständigen Minister, weitere spezifische Massnahmen zu entwickeln, die dann an einem weiteren Meeting besprochen werden sollen.
5. Sie bekräftigten ihr Bekenntnis zu den Prinzipien des freien Marktes.

Zur Wachstumsförderung und Unterstützung der Emerging Markets wurden folgende Schritte vorgeschlagen:

- Es sollen weiterhin sämtliche mögliche Massnahmen getroffen werden, um das Finanzsystem zu stabilisieren.
- Besonders wichtig seien in diesem Zusammenhang die Geldpolitik und Fiskalmassnahmen.
- Liquiditätszufuhren sollen weiterhin dazu beitragen Märkte wieder zum Funktionieren zu bringen.
- Es müsse sichergestellt werden, dass der IMF, die Weltbank und andere internationale Entwicklungsbanken über ausreichende Mittel verfügen, um Entwicklungsländern in Krisen beistehen zu können und die Finanzierung von Handel und Infrastrukturbauten sicherzustellen.

Im Mittelpunkt des Interesses, auch für den Finanzplatz Schweiz, stehen jedoch die „Gemeinsamen Prinzipien einer Finanzmarktreform“. Auch diese kommen über das Stadium einer Sammlung von Gemeinplätzen nicht hinaus:

1. **Transparenz und Verantwortlichkeit** stärken, indem detaillierte Informationen über komplexe Finanzprodukte offengelegt werden, Firmen vollständig und akkurat über ihre finanzielle Situation berichten und Anreizsysteme umgestaltet werden, um das Eingehen übermässiger Risiken einzudämmen.
2. **Regulierung verbessern**, indem Rating-Agenturen stärker reguliert, wirkungsvollere Risikomanagementmethoden entwickelt und sämtliche Finanzmärkte, Produkte und Marktteilnehmer überwacht werden.
3. **Förderung von Integrität auf den Finanzmärkten**, indem Marktmanipulationen und Betrug verhindert, Interessenskonflikte vermieden und das System vor Missbräuchen zur Terrorfinanzierung, Drogenhandel und anderen illegalen Geschäften geschützt werden.
4. **Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit**, indem nationale Gesetze und Regulierungen besser aufeinander abgestimmt werden und Regulatoren ermutigt werden, ihre Koordination und Zusammenarbeit über alle Segmente der Finanzmärkte hinweg zu verbessern.
5. **Reform der internationalen Finanzinstitutionen**, indem ihre Führung und Mitgliedschaft modernisiert wird, so dass die Volkswirtschaften der aufstrebenden Länder besser mitreden und mitbestimmen können, indem gemeinsam die Angriffsflächen identifiziert werden, damit Stresssituationen rechtzeitig erkannt und bewältigt werden können.

Die konkreten vorgeschlagenen Massnahmen für die G-20 Länder sind nicht neu. Einige davon erinnern an alte Forderungen der SVP anlässlich der Ratsdiskussionen zum FINMAG (Finanzmarktaufsichtsgesetz):

- Die Offenlegungspflichten und Rechnungslegungsstandards für Ausserbilanzgeschäfte sind festzulegen.
- Die Rating-Agenturen müssen, frei von Interessenskonflikten, die höchsten Qualitätsansprüche erfüllen, mehr Informationen an Investoren liefern und die Ratings für komplexe Finanzinstrumente klar von den Unternehmensbeurteilungen differenzieren.
- Eine angemessene Eigenmittelausstattung von Finanzinstituten ist sicherzustellen und Banken haben höhere Eigenmittelanforderungen für strukturierte Kredite und Verbriefungen zu erfüllen.
- Es sind Richtlinien für das Risikomanagement von Banken zu erarbeiten, insbesondere sollen die Banken Methoden entwickeln, die sie vor einer übermässigen Akkumulation von Risiken bewahren.
- Es sind Arbeitsabläufe für nationale Aufsichtsorgane, die global agierende Finanzinstitute überwachen, zu definieren, insbesondere der grenzüberschreitende Informationsaustausch mit anderen nationalen Aufsichtsorganen.
- Der Kreis der FSF (Financial Stability Forum) Mitglieder soll auf Emerging Markets Länder ausgeweitet werden.

- Die Finanzminister sollen Regulierungen vermeiden, die die Konjunkturschwankungen noch verstärken.
- Rechnungslegungsnormen für komplexe Finanzprodukte müssen überprüft werden und sie müssen auch Stress-Perioden standhalten.
- Die Transparenz für CDS (Kreditversicherungen) –Märkte muss verbessert und ihre Systemrisiken müssen reduziert werden.
- Die Anreizsysteme für das Eingehen von Risiken und Innovationen müssen überprüft und in Kompensations-Richtlinien niedergeschrieben werden.
- Die Zweckbestimmung, die Führung und der Finanzbedarf internationaler Finanzinstitute muss überprüft werden.

Die Regierungsvertreter kamen überein, dass die notwendigen Reformen nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie die Prinzipien des freien Marktes respektieren würden, wozu die Rechtstaatlichkeit, das Privateigentum, offener Zugang zum Welthandel und zu Investitionen und ein effizientes, geschickt reguliertes Finanzsystem zählen. Deshalb kamen die Regierungsvertreter auch über folgende Punkte überein:

- Jeglicher Protektionismus, der die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme verstärkt statt mildert, sei abzulehnen.
- Noch im Jahre 2008 seien die Modalitäten für die Fortsetzung der Doha Runde der WTO festzulegen.
- In den nächsten 12 Monaten sollen keine neuen Handels- oder Investitionsbarrieren aufgebaut werden.
- Die eingegangenen Verpflichtungen zur Entwicklungshilfe sollen im Rahmen der Möglichkeiten und der Stellung der einzelnen Länder innerhalb der globalen Wirtschaft eingehalten werden.

Das magere Ergebnis der G-20 Konferenz soll nun durch konkretere Vorschläge der Finanzminister bis zum 31. März 2009 nachgebessert werden. Sie sollen an einem weiteren Weltfinanzgipfel, der voraussichtlich am 30. April 2009 in London stattfinden soll, verabschiedet werden. Zuvor wollen sich der französische Staatspräsident Sarkozy und der britische Ex-Premier Tony Blair am 8. und 9. Januar 2009 zur Abklärung der Marschrichtung treffen, denn die Pläne zum Ausbau des IMF zu einer Weltfinanzpolizei oder striktere Regeln für das globale System sind definitiv gescheitert.

Während sich die Politiker in Washington als grosse Wirtschaftsführer aufspielen, agieren sie zuhause ganz anders. So will Frankreich mit einem staatseigenen Fund, der strategische Beteiligungen an den grossen einheimischen Unternehmen eingehen soll, Übernahmen von französischen Schlüsselunternehmen verhindern. Präsident Sarkozy will auch Geschäfte von staatlich gestützten Banken mit Banken in Steuerparadiesen unterbinden. Japan hat ein ähnliches Programm zum Schutz der eigenen Unternehmen vor Übernahmen vorbereitet. Russland will Importzölle erhöhen etc. Und schliesslich planen zahlreiche Regierungen Rettungsfinanzierungen auch ausserhalb des Finanzsektors, so zum Beispiel an die

Autoindustrie. All diese Massnahmen haben nichts mit der Respektierung der Prinzipien des freien Marktes, sondern vor allem mit Protektionismus und Nationalismus zu tun.